



# HESSISCHER LANDTAG

18. 11. 2021

Plenum

## Antrag

### Fraktion der SPD

#### Hessen unterstützt EU-Initiative für ein Ende der strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Für den Hessischen Landtag ist die freie Meinungsäußerung eine unverhandelbare Säule für eine demokratische und freie Gesellschaft. Aus diesem Grund spricht sich der Hessische Landtag für ein Ende des vermehrten Einsatzes sogenannter strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP- oder auch Einschüchterungsklagen) innerhalb der Europäischen Union aus.
2. Der Hessische Landtag ist besorgt darüber, dass diese Einschüchterungsklagen innerhalb der EU, aber auch in Deutschland und Hessen gezielt darauf hinaus zielen, z.B. Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler, Initiativen für Demokratie und Toleranz, Umweltschützerinnen und Umweltschützer, Journalistinnen und Journalisten sowie Medienhäuser davon abzuhalten, sich kritisch zu Themen, Parteien oder Institutionen zu äußern.
3. Der Hessische Landtag unterstützt einen Initiativantrag an die Europäische Kommission und begrüßt die Ankündigung der EU-Kommission, auf die Forderungen eingehen zu wollen.
4. Der Hessische Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Europäischen Kommission für eine EU-weite Definition von SLAPPs einzusetzen, mit dem Ziel diesen Missbrauch des Rechtsweges zu beenden und einen europäischen Rechtsakt zu schaffen, um Akteure in der öffentlichen Debatte besser vor Einschüchterungsklagen zu schützen.
5. Der Hessische Landtag fordert einen EU-Fonds für die juristische Unterstützung der Opfer von Einschüchterungsklagen und eine zentrale Anlaufstelle für Beratung (sowohl juristisch als auch psychologisch) und Rechtshilfe.

#### Begründung:

SLAPP-Klagen sind eine ernste Bedrohung für unsere Demokratie. Ein aktuell prominentes Opfer dieser Einschüchterungsklagen ist die Friedensnobelpreisträgerin und Journalistin Maria Ressa. Aber auch innerhalb der Europäischen Union, Deutschland und Hessen mehren sich die Fälle von missbräuchlichen Klagen, die eine klare Form der Einschüchterung und Schikanie darstellen, mit dem Ziel Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Der Berichtsentwurf zur Stärkung von Demokratie, Medienfreiheit und Pluralismus in der EU (2021/2036 (INI)) hat sich mit den Auswirkungen missbräuchlicher Klagen und möglichen Maßnahmen gegen SLAPPs beschäftigt. Darin wird deutlich, dass ein Gesetz zum Schutz derjenigen, die öffentliche Kritik äußern und zur Stärkung der Presse- und Meinungsfreiheit notwendig ist. Im Oktober 2021 hat der Rechtsausschuss des EU-Parlaments in einem Initiativbericht von der EU-Kommission gefordert, einen Rechtsakt einzulegen, um Einschüchterungsklagen einzudämmen. Dem hat das EU-Parlament im November 2021 zugestimmt. Das Land Hessen sollte die Bestrebungen unterstützen, eine EU-weit geltende Definition über diese rechtsmissbräuchlichen Klagen zu schaffen und einen europäischen Rechtsakt zu schaffen, der Klägerinnen und Kläger bei Zivilverfahren mit Bezug zur öffentlichen Debatte in die Pflicht genommen werden zu beweisen, dass der Rechtsweg nicht missbraucht wird. Zudem wird eine zentrale Anlaufstelle für die Opfer von SLAPPs gefordert.

Wiesbaden, 18. November 2021

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**